

Fachhochschulen forschen für mehr Lebensqualität im Alter

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert Fachhochschulen, die ihre Studentinnen und Studenten auf den demografischen Wandel im Dienstleistungsbereich vorbereiten.

Die Verbesserung der Lebensqualität im Alter ist angesichts des demografischen Wandels eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung. Dazu gehören vor allem die Wahrung von Selbstständigkeit und die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit für ein gesundes Leben im Alter. Fachhochschulen, die Studentinnen und Studenten in diesem Dienstleistungsbereich ausbilden, leisten hierfür einen wichtigen Beitrag. Mit der Förderlinie "Soziale Innovationen für die Lebensqualität im Alter" initiiert das Bundesministerium für Bildung und Forschung jetzt neue Forschungsaktivitäten. Bundesforschungsministerin Annette Schavan sagte vergangene Woche: "Fachhochschulen leisten zentrale Aufgaben mit Blick auf den demografischen Wandel. Ihre Forschungsarbeiten greifen aktuelle Entwicklungen auf und entwickeln mit Partnern aus der Region umsetzbare Angebote. Das wollen wir künftig stärken."

Heute kümmern sich vor allem Familien, Nachbarn und Ehrenamtliche um ältere Menschen. Je älter die Gesellschaft wird, desto schwieriger wird das. Fachhochschulen vor Ort können hier neue Konzepte entwickeln und diese gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden, mit kommunalen und kirchlichen Trägern und anderen öffentlichen und privaten Dienstleistern der Region umsetzen. Ziel des Sonderprogramms ist es auch, die Ergebnisse der Altersforschung anwendungsnah in die Qualifizierung des Personals im Bereich der sozialen Dienste, etwa im Pflegemanagement, einzubringen. Die Entwicklung neuer Hilfsangebote soll forschungs- und praxisorientiert unterstützt werden.

Der Förderschwerpunkt, der im Zusammenwirken mit dem Fachbereichstag Soziale Arbeit entwickelt wurde, richtet sich vor allem an staatliche und kirchliche Fachhochschulen mit einem Profil in Sozialwesen, sozialer Arbeit und Gesundheits- und Pflegewissenschaften. Die Bundesregierung will im Haushaltsjahr 2009 hierfür vier Millionen Euro zur Verfügung stellen.